



Botschaft der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien

Boothstraße 20a
12207 Berlin

Tel.: +49(0)3077206 10 (Amharisch)
+49(0)3077206 13 (Deutsch)

Web: aethiopien-botschaft.de
Facebook: facebook.com/MFAEthiopia
Twitter: @EthioEmbBerlin1

Pressestelle: Conrad Kubernath
+49(0)3077206 22
conradkubernath@aethiopische-botschaft.de

23.08.2016

Pressemitteilung

In den Bundesländern Oromia und Amhara der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien konnten jüngst gewaltsame Unruhen beobachtet werden, die nicht nur zur Zerstörung von Eigentum, sondern auch zum Verlust von Menschenleben geführt haben.

In der Vergangenheit äußerten die Menschen in der Region Oromia bereits einmal Ihren Unmut, indem sie gegen den Addis-Oromia Special Zones' Joint Master Plan auf die Straße gingen. Diese Gebietsreform hätte eine Umstrukturierung der Hauptstadt Addis Abeba und der benachbarten Region mit sich gebracht und erfuhr von der lokalen Bevölkerung heftige Kritik. Artikel 43-2 der äthiopischen Verfassung besagt, dass „Bürger ein Recht darauf besitzen, an nationalen Entwicklungsplänen beteiligt zu werden und insbesondere ein Mitspracherecht bei Projekten, die ihr unmittelbares Umfeld betreffen, wahrnehmen können“. Die Regierung hat dementsprechend die Stimme des Volkes erhört und den Plan seitdem verworfen.

Die jüngste Serie unangemeldeter Protestaktionen in einigen Dutzend Ortschaften Oromias und einigen amharischen Städten beruht auf anderen Hintergründen. Unzufriedenheit über einen Mangel an guter Regierungsarbeit, ein langsamer und schwerfälliger Verwaltungsapparat, eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, ein fehlender Konsens über die konstitutionelle föderale Aufteilung und der wachsende Bedarf an Infrastruktur bilden diesmal den Kern der durchaus begründeten Beschwerden der Demonstranten. Die Problemlagen sind bedingt durch das stetige Bestreben der Regierung, eine anspruchsvolle und mündige Gesellschaft wachsen zu lassen, während dem geschaffenen Bedarf nicht in angemessener Zeit nachgekommen werden kann.

Allerdings sind viele dieser begründeten Fragen und Bedenken von zerstörerischen Kräften übernommen worden. Demonstrationen wurden offen von Gewalt und anderem ungesetzlichen Handeln begleitet, was inzwischen mehrere Menschenleben gefordert hat. Die nur wenige Tage zurückliegenden Veranstaltungen am 19. August waren von einer extremistischen Agenda vereinnahmt. Diese politisch motivierte Zweckentfremdung ehrlichen bürgerlichen Unmutes ist die Arbeit einer extremistischen Minderheit, die nicht nur aktiv den beidseitigen Bedarf an friedlichem Dialog unterminiert, sondern aktiv die äthiopische Bevölkerung schädigt. In Anbetracht der durch lokale Eskalationen verursachten Todesfälle müssen alle Beteiligten eingestehen, dass bereits der Verlust eines einzelnen Lebens untragbar ist, insbesondere im Zusammenhang mit Kundgebungen, die andernfalls harmlos und friedvoll hätten ablaufen können.

Um diesen Problemen entgegenzuwirken, hat die Regierung eine Reihe von Entwicklungskonferenzen in allen Bundesländern einberufen, wobei die stärker betroffenen Regionen gesondert berücksichtigt werden.

Viele soziale Missstände, insbesondere Arbeitslosigkeit, werden immer das Ziel von Manipulation und Zweckentfremdung durch Gegner des Friedens sein. In diesem Zusammenhang ist die Regierung der Bundesrepublik Äthiopiens bestrebt, die wirtschaftlichen Fortschritte der vergangenen Jahre beizubehalten und Entwicklungspläne für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zu implementieren, um langfristig das gesamte Volk am wirtschaftlichen Fortschritt profitieren zu lassen.

Die Regierung hat wiederholt betont, gänzliche der Rechtsstaatlichkeit verschrieben zu sein. Sie besitzt die verfassungsgebundene Aufgabe und die dafür nötigen rechtlichen Mechanismen, den Demokratisierungsprozess zu stärken und Unstimmigkeiten auf friedliche und konstruktive Art und Weise beizulegen.

Für alle weiteren Fragen steht Ihnen die Pressestelle der Botschaft jederzeit zur Verfügung.